

Einladung

zur 05. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 16. Mai 2022, 15.00 Uhr,
Rathaus, Ratssaal

Auf Grund der epidemischen Lage können Mitglieder des Sozialausschusses nach § 182 Abs. 2 Nr. 3 NKomVG per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit,
Beschluss gem. § 64 Absatz 2 Satz 3 NKomVG, die Teilnahme der Presse in der heutigen Sitzung des Sozialausschusses per Videokonferenz zuzulassen sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die 03. Sitzung am 21. Februar 2022
-Öffentlicher Teil-
3. Genehmigung des Protokolls über die 04. Sitzung am 21. März 2022
-Öffentlicher Teil-
4. Einwohner*innenfragestunde
5. Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Geschlechtergerechtigkeit konkret umsetzen: Kostenlose Hygieneartikel für Frauen auf städtischen Toiletten zur Verfügung stellen
(Drucks. Nr. 0002/2022)
- 5.1. Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI & Volt zum Antrag der Fraktion DIE LINKE., Drucks. Nr. 0002/2022: Kostenfreie Periodenartikel für menstruierende Menschen: Periodenarmut bekämpfen
(Drucks. Nr. 0547/2022)
6. Antrag der AfD-Fraktion zu einem Abwassergebühreuzuschluss für Wohngeldbezieher (sozialschwache Haushalte)
(Drucks. Nr. 0633/2022)
7. Antrag der AfD-Fraktion zum Ukrainekrieg: Abschiebung abgelehnter Asylbewerber
(Drucks. Nr. 662/2022)

8. Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Körperliche Unversehrtheit aller Menschen schützen, städtischen anonymen Behandlungsschein einführen
(Drucks. Nr. 0682/2022)
9. Antrag der AfD-Fraktion zu Ortsterminen in städtischen Flüchtlingsunterkünften
(Drucks. Nr. 0849/2022)
10. Antrag der CDU-Fraktion zu Maßnahmen der LHH beim Thema „Teilhabe trotz Armut“ für allein- und getrennterziehende Personen sowie Familien mit drei oder mehr Kindern
(Drucks. Nr. 0911/2022)
11. Antrag der CDU-Fraktion zu einer gemeinsamen Anhörung: "Stadtspezifische Daten und Handlungsfelder auf dem Arbeitsmarkt der Landeshauptstadt Hannover"
(Drucks. Nr. 0912/2022)
12. Beschluss über die Verlängerung des Sanierungszeitraumes sowie die Erhöhung des Gesamtkostenrahmens für das Sanierungsgebiet Sozialer Zusammenhalt Mühlenberg
(Drucks. Nr. 0335/2022)

Zu diesem Punkt ist eingeladen:

Bezirksbürgermeister Markurth, Stadtbezirksrat Ricklingen

13. Mietkostenerhöhungen in der Einrichtung des Betreuten Wohnens Luise-Blume-Stiftung, Luise-Blume-Str. 1, 30659 Hannover
(Drucks. Nr. 1080/2022)
14. Bericht der Dezernentin

Onay

Oberbürgermeister



Handlungsanweisung Gremiensitzungen_20-10-2020 - Kopie.pdf

Handlungsanweisungen für politische Gremiensitzungen

Sehr geehrte Teilnehmer*innen von Rats-, Fachausschuss-, Stadtbezirksrats- und Integrationsbeiratssitzungen,

aufgrund der aktuellen Situation verfolgt die Landeshauptstadt Hannover das Ziel, eine Ansteckung mit dem Corona Virus möglichst zu verhindern, um so die Ausweitung der Erkrankung COVID-19 aktiv einzudämmen.

Dies ist neben dem ganz persönlichen Schutz jeder einzelnen Person auch deshalb wichtig, weil es die Basis zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens insgesamt ist.

Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung!

Bitte halten Sie die notwendigen Hygiene- und Abstandsregelungen ein, die laut Robert Koch-Institut (RKI) im Rahmen einer Pandemie grundsätzlich für alle Menschen gelten (s. auch www.infektionsschutz.de).

Die Mitglieder der Gremien und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sollen vor einer Ansteckung im Rahmen der Wahrnehmung ihrer politischen oder dienstlichen Tätigkeiten geschützt werden.

Deshalb werden ab sofort folgende Maßnahmen getroffen:

- Die o. g. Gremien tagen nach den Vorschriften des Kommunalrechts öffentlich. Für die Sitzungen der Integrationsbeiräte werden die Vorschriften analog angewendet. Da auch von den Besucher*innen der Sitzungen einen Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten ist, wird es je nach Größe des Zuschauer*innenbereichs zu einer Beschränkung der Anzahl der Besucher*innen kommen. Diese wird im HCC und im Rathaus durch eine Einlasskontrolle zentral geregelt. Bei Sitzungen in den Stadtbezirken ist dies im Rahmen des Hausrechtes durch die Bezirksbürgermeister*innen in Kooperation mit der Stadtbezirksratsbetreuung und den örtlich Zuständigen der Veranstaltungsorte sicherzustellen.
- Für jede Sitzung werden im Eingangsbereich Mund-Nasen-Masken zur Verfügung gestellt. Gemäß der Niedersächsischen Corona-Verordnung ist jede*r Besucher*in von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen verpflichtet, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.
- Alle Sitzungen finden in ausreichend großen Räumen statt, so dass jeweils mindestens 1,5 m Abstand zwischen einzelnen Sitzplätzen der Gremienmitglieder gewährleistet ist.

Darüber hinaus bitten wir Sie um Einhaltung der üblichen Hygienemaßnahmen:

- Halten Sie Abstand
- Vermeiden Sie das Händegeben
- Husten oder Niesen Sie in die Armbeuge, drehen Sie sich dabei von anderen Personen weg
- Vermeiden Sie Augen, Nase oder Mund zu berühren
- Nutzen Sie Einmaltaschentücher und entsorgen Sie diese sicher
- Waschen Sie sich nach Personenkontakten, nach der Benutzung von Sanitäreinrichtungen und bei Kontakt mit Gegenständen oder Materialien, die mit Viren verunreinigt sein können, gründlich die Hände

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

PROTOKOLL

05. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 16. Mai 2022,
Rathaus, Ratssaal

Beginn 15.00 Uhr
Ende 16.57 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau Dr. Vögtle	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Nicholls	(SPD)	
Ratsherr Hellmann	(CDU)	
Ratsfrau Iri	(SPD)	(Video-Konferenz)
(vertritt Ratsfrau Schollmeyer)		
Bürgermeister Klapproth	(CDU)	15.00 - 16.45 Uhr
Ratsfrau Klebe-Politze	(SPD)	(Video-Konferenz)
Ratsfrau Kleindienst	(SPD)	(Video-Konferenz)
Ratsherr Mensak	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Neveling	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Rinker	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Waase	(CDU)	(Video-Konferenz)

Beratende Mitglieder:

Herr Kruse		
Frau Lenssen		
Herr Saris		(Video-Konferenz)
Frau Schwertmann		(Video-Konferenz)
Herr Sonnenberg		(Video-Konferenz)

Grundmandat:

Ratsherr Bingemer	(FDP)	ab 15.45 Uhr	(Video-Konferenz)
(vertritt Ratsherrn Döring)			
Ratsherr Jacobs	(AfD)		
Ratsmitglied Klippert	(Die PARTEI & Volt)		
Ratsfrau Sankowske	(DIE LINKE.)		

Verwaltung:

Stadträtin Bruns, Dezernentin für Soziales und Integration
Frau Ruhrort, Fachbereich Soziales (Video-Konferenz)
Frau Vogt-Janssen, Fachbereich Senioren (Video-Konferenz)
Herr Hagen, Fachbereich Soziales, (Video-Konferenz)
Herr Körber, Fachbereich Senioren (Video-Konferenz)
Herr Lüders, Dezernat für Soziales und Integration (Video-Konferenz)
Frau Merzbach, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Video-Konferenz)
Frau Pätzold, Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe (Video-Konferenz)
Frau Reus, Fachbereich Soziales
Frau Ritzka, Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe (Video-Konferenz)
Herr Sattler, Fachbereich Senioren (Video-Konferenz)
Frau Schenke, Fachbereich Soziales, Örtlicher Personalrat (Video-Konferenz)
Herr Dr. Schwalbach, Stadterneuerung und Wohnen (Video-Konferenz)
Herr Woike, Dezernat für Soziales und Integration (Video-Konferenz)
Beauftragte Sucht und Suchtprävention
Frau Schiffer, Fachbereich Soziales
Frau Hanebeck, Fachbereich Soziales
beide für das Protokoll

Presse:

Frau Rinas, HAZ
Herr Macke, Asphalt-Magazin

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit,
Beschluss gem. § 64 Absatz 2 Satz 3 NKomVG, die Teilnahme der Presse in der heutigen Sitzung des Sozialausschusses per Videokonferenz zuzulassen sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die 03. Sitzung am 21. Februar 2022
-Öffentlicher Teil-
3. Genehmigung des Protokolls über die 04. Sitzung am 21. März 2022
-Öffentlicher Teil-
4. Einwohner*innenfragestunde
5. Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Geschlechtergerechtigkeit konkret umsetzen: Kostenlose Hygieneartikel für Frauen auf städtischen Toiletten zur Verfügung stellen
(Drucks. Nr. 0002/2022)
- 5.1. Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI & Volt zum Antrag der Fraktion DIE LINKE., Drucks. Nr. 0002/2022: Kostenfreie Periodenartikel für menstruierende Menschen: Periodenarmut bekämpfen
(Drucks. Nr. 0547/2022)
6. Antrag der AfD-Fraktion zu einem Abwassergebührensusschuss für

Wohngeldbezieher (sozialschwache Haushalte)
(Drucks. Nr. 0633/2022)

7. Antrag der AfD-Fraktion zum Ukrainekrieg: Abschiebung abgelehnter Asylbewerber
(Drucks. Nr. 0662/2022)
8. Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Körperliche Unversehrtheit aller Menschen schützen, städtischen anonymen Behandlungsschein einführen
(Drucks. Nr. 0682/2022)
9. Antrag der AfD-Fraktion zu Ortsterminen in städtischen Flüchtlingsunterkünften
(Drucks. Nr. 0849/2022)
10. Antrag der CDU-Fraktion zu Maßnahmen der LHH beim Thema „Teilhabe trotz Armut“ für allein- und getrennterziehende Personen sowie Familien mit drei oder mehr Kindern
(Drucks. Nr. 0911/2022)
11. Antrag der CDU-Fraktion zu einer gemeinsamen Anhörung: "Stadtspezifische Daten und Handlungsfelder auf dem Arbeitsmarkt der Landeshauptstadt Hannover"
(Drucks. Nr. 0912/2022)
12. Beschluss über die Verlängerung des Sanierungszeitraumes sowie die Erhöhung des Gesamtkostenrahmens für das Sanierungsgebiet Sozialer Zusammenhalt Mühlenberg
(Drucks. Nr. 0335/2022)
13. Mietkostenerhöhungen in der Einrichtung des Betreuten Wohnens Luise-Blume-Stiftung, Luise-Blume-Str. 1, 30659 Hannover
(Drucks. Nr. 1080/2022)
24. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion zu Maßnahmen gegen unkontrollierten Crack-Konsum einleiten
(Drucks. Nr. 1388/2022)
14. Bericht der Dezernentin

TOP 1.

**Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit,
Beschluss gem. § 64 Absatz 2 Satz 3 NKomVG, die Teilnahme der Presse in der heutigen Sitzung des Sozialausschusses per Videokonferenz zuzulassen sowie Feststellung der Tagesordnung**

Ratsfrau Dr. Vögtle eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zur Sitzung selbst wies sie darauf hin, dass diese auf Grund der epidemischen Lage nach

§ 182 Abs. 2 Nr. 3 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) teilweise per Videokonferenz durchgeführt werde.

Die *virtuell zugeschalteten Teilnehmer*innen* weise sie daher zunächst auf folgendes hin:

1. Abstimmungen und Wortmeldungen erfolgen per Handzeichen und werden am Monitor im Ratssaal erfasst.

2. Hinweise zur Datenverarbeitung wurden bereits gesondert übersandt. Sie gehe davon aus, dass die Informationen gelesen wurden und das Einverständnis mit der Datenverarbeitung gegeben werde.

Da sich hiergegen keine Einwände erhoben, werde die Sitzung entsprechend in Hybridform durchgeführt.

Für die im Ratssaal Anwesenden wies **Ratsfrau Dr. Vögtle** auf die Einhaltung der bekannten Hygieneregeln hin.

Die *anwesenden Einwohner*innen* wolle sie, soweit diese eine Frage beim Tagesordnungspunkt Einwohner*innenfragestunde stellen möchten, auf folgendes hinweisen:

1. Hinweise zur Datenverarbeitung liegen auf der Tribüne aus. Sie gehe davon aus, dass Fragesteller*innen die Informationen gelesen haben und mit der Datenverarbeitung einverstanden sind.

2. Für mögliche Filmaufnahmen bitte sie kurz vor der Fragestellung um einen Hinweis, ob diese gewünscht seien oder nicht.

Um Pressevertreter*innen die virtuelle Teilnahme zu ermöglichen, sei gem. § 64 Absatz 2 Satz 3 NKomVG ein Beschluss notwendig. Sie lasse daher darüber abstimmen, ob Pressevertreter*innen an der heutigen Sozialausschusssitzung virtuell teilnehmen können.

Einstimmig sprach sich der Sozialausschuss dafür aus, Pressevertreter*innen die virtuelle Teilnahme an der heutigen Sitzung zu ermöglichen.

Zur Tagesordnung wies **Ratsfrau Dr. Vögtle** auf den im Ratssaal verteilten, sowie am heutigen Vormittag an die Mitglieder des Sozialausschusses per E-Mail versandten *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD „Maßnahmen gegen unkontrollierten Crack-Konsum einleiten“ (Drucks. Nr. 1388/2022)* hin.

Ratsherr Rinker sagte, die negativen Folgen des Konsums von Crack für die Konsumierenden als auch die Auswirkungen auf die Areale in der Stadt, an denen konsumiert werde, seien bekannt. Die antragstellenden Fraktionen seien der Meinung, dass es rascher Maßnahmen bedürfe um der Situation schnell zu begegnen. Dies dulde keinen Aufschub; daher solle noch heute eine Beschlussempfehlung seitens des Sozialausschusses abgegeben werden.

Ratsmitglied Klippert bestätigte die Dringlichkeit des Themas. Zwar gebe es bereits einen

Ratsbeschluss zu Bahnhofsnahe Plätzen; der Umsetzungsstand sei bei der Verwaltung abzufragen.

Rats Herr Hellmann erklärte, auch er halte den Umgang mit dem Crack-Konsum für ein dringendes Problem, das es anzugehen gelte. Dennoch denke er nicht, dass dieser Antrag in der heutigen Sitzung als Dringlichkeitsantrag behandelt werden müsste, da die Entscheidung von großer Tragweite sei und er daher erst innerhalb seiner Fraktion dazu beraten wolle. Er kündige daher an, sollte die Dringlichkeit festgestellt werden, er den Antrag in die Fraktionen ziehen werde.

Zur Dringlichkeit machte **Rats Herr Nicholls** darauf aufmerksam; dass die Verwaltung einen Kostenplan für den Crack-Konsumraum erstellen solle und den Ratsgremien noch rechtzeitig vor dem Beratungszeitraum des Haushaltes 2023/2024 vorlegen solle.

Rats Frau Dr. Vögtle ließ über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen:

**Abstimmung über die Dringlichkeit:
8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen**

Rats Herr Hellmann bekräftigte, wie angekündigt, den Antrag in die Fraktionen zu ziehen.

Rats Mitglied Klippert schlug vor, trotz der Vertagung des Tagesordnungspunktes ggf. unter *Tagesordnungspunkt 14 „Bericht der Dezernentin“* Informationen zum Thema vorzutragen.

Rats Herr Rinker bat darum, den Tagesordnungspunkt 10, *Antrag der CDU-Fraktion „Maßnahmen der LHH beim Thema „Teilhabe trotz Armut“ für allein- und getrennterziehende Personen sowie Familien mit drei und mehr Kindern“ (Drucksache Nr. 0911/2022)* in die Fraktionen zu ziehen, weil dieser im federführenden Jugendhilfeausschuss ebenfalls in die Fraktionen gezogen worden sei und die Beratungsfolge eingehalten werden solle.

Rats Herr Hellmann wies darauf hin, das *Tagesordnungspunkt 13 „Mietkostenerhöhung in der Einrichtung des Betreuten Wohnens Luise-Blume-Stiftung, Luise-Blume-Str. 1, 30659 Hannover“ (Drucks. Nr. 1080/2022)* im zuständigen Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide in die Fraktionen gezogen worden sei. Dessen Beschlussfassung wolle er nicht vorgreifen und bitte daher darum, den Tagesordnungspunkt in die Fraktionen zu ziehen.

Der Sozialausschuss war mit der Tagesordnung in der zuvor geänderten Form einverstanden.

TOP 2.

Genehmigung des Protokolls über die 03. Sitzung am 21. Februar 2022 -Öffentlicher Teil-

Ohne Aussprache.

Einstimmig

TOP 3.

Genehmigung des Protokolls über die 04. Sitzung am 21. März 2022 -Öffentlicher Teil-

Ohne Aussprache.

Einstimmig

TOP 4.

Einwohner*innenfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 5.

Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Geschlechtergerechtigkeit konkret umsetzen: Kostenlose Hygieneartikel für Frauen auf städtischen Toiletten zur Verfügung stellen (Drucks. Nr. 0002/2022)

Ratsfrau Sankowske begründete kurz den Antrag ihrer Fraktion und betonte, es handele sich lediglich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung, die darstellen solle, wie die Idee, kostenlose Periodenartikel zur Verfügung zu stellen, umgesetzt werden könnte.

Ratsmitglied Klippert erinnerte daran, dass es bereits in der vorangegangenen Ratsperiode einen ähnlichen Antrag seiner Fraktion gegeben habe, der leider abgelehnt worden sei, vom Tenor her jedoch Einzug in nahezu alle Wahlprogramme der anderen Fraktionen gefunden habe. Der Änderungsantrag seiner Fraktion beinhalte die Erstellung eines Konzeptes durch die Verwaltung unter den im Antrag genannten Prämissen, nach dessen Vorlage die Ratsversammlung dann entscheiden könne, welche Aspekte sie für umsetzenswert halte.

Ratsherr Rinker wies darauf hin, aus der Tatsache, dass der Antrag sowie der Änderungsantrag schon länger die Ratsgremien beschäftige könne abgeleitet werden, dass er immer wieder diskutiert worden sei. Im Gleichstellungsausschuss hätten beide Anträge keine Mehrheit gefunden und auch im Sozialausschuss signalisiere er bereits jetzt eine Ablehnung durch seine Fraktion.

Zwar halte seine Fraktion den Antrag durchaus für berechtigt und eine überlegenswerte Idee. Zwar menstruierten rd. 50% der Bevölkerung; nicht alle seien aber von Periodenarmut betroffen. Anders als in anderen europäischen Ländern, auf die immer wieder bei der Umsetzung derartiger Modelle verwiesen werde, seien in Deutschland im SGB-II-Regelsatz auch Periodenartikel mit berücksichtigt. Seine Fraktion halte Angebote für besonders hilfsbedürftige Gruppen, wie wohnungs- oder obdachlose Frauen für besonders wichtig; hierauf nähmen die Anträge jedoch keinen Bezug und gingen weit darüber hinaus. Im Schulbereich gebe es derzeit ein Schulprojekt, dessen Ausgang es abzuwarten gelte.

Ratsfrau Waase sagte, sie werbe, wie bereits im Gleichstellungsausschuss, ausdrücklich für den als Prüfauftrag formulierten Antrag. Es könnte ein geringer finanzieller Beitrag von wenigen Cent für die Periodenartikel genommen werden, auch eine „Pilottoilette“ bspw. am Küchengarten, wo sich auch viele Skater*innen aufhielten sei denkbar. Es gehe nicht nur um die Ärmsten der Armen, sondern auch um junge Menschen, die ebenfalls einen entsprechenden Bedarf hätten.

Ratsfrau Dr. Vögtle wies darauf hin, dass in der Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am 25.05.2022 durch die Stadt Wiesbaden ein Pilotprojekt (an dortigen Schulen wurden Automaten mit kostenlosen Periodenartikeln installiert) vorgestellt werde.

Auch **Ratsherr Nicholls** sagte, den Abschluss des Pilotprojektes an hannoverschen Schulen wolle er abwarten. Darüber hinaus seien nach seiner Kenntnis in den verschiedensten Einrichtungen für obdachlose Menschen derartige Artikel durchaus vorhanden und würden entsprechend weitergegeben.

Ratsfrau Sankowske wies darauf hin, dass es im Antrag ihrer Fraktion nicht vorrangig um die Bekämpfung von Periodenarmut gehe. Vielmehr sollte es die Möglichkeit geben, bei Bedarf kostenlose Periodenartikel zu erhalten.

3 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.1.

Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI & Volt zum Antrag der Fraktion DIE LINKE., Drucks. Nr. 0002/2022: Kostenfreie Periodenartikel für menstruierende Menschen: Periodenarmut bekämpfen (Drucks. Nr. 0547/2022)

Diskussionsbeiträge s. Tagesordnungspunkt 5.

0 Stimmen dafür, 11 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.

Antrag der AfD-Fraktion zu einem Abwassergebühreuzuschuss für Wohngeldbezieher (sozialschwache Haushalte) (Drucks. Nr. 0633/2022)

Ratsherr Jacobs las die Begründung des Antrages seiner Fraktion vor. Es sei schlimm, dass Wohngeldbezieher von den massiven Preiserhöhungen betroffen seien.

Ratsherr Rinker erklärte es sei zutreffend, dass Haushalte mit geringem Einkommen von Gebührenerhöhungen besonders hart getroffen würden. Ein einmaliger Zuschuss verbessere diese Situation allerdings nicht nachhaltig. Strukturelle Defizite könnten von einer Kommune jedenfalls nicht ausgeglichen werden.

Ratsherr Jacobs stimmte der Argumentation zu sagte aber, als kleiner Beitrag sollte eine einmalige Auszahlung zum Zeitpunkt der nächsten Jahresrechnung erfolgen.

0 Stimmen dafür, 11 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7.

Antrag der AfD-Fraktion zum Ukrainekrieg: Abschiebung abgelehnter Asylbewerber (Drucks. Nr. 0662/2022)

Ratsherr Jacobs las den Antrag seiner Fraktion einschließlich der Begründung vor. In den vergangenen Jahren seien in großen Teilen keine illegalen Migranten abgeschoben worden. Es handle sich lediglich um Menschen, die rechtskräftig dazu verurteilt seien, Deutschland zu verlassen.

Ratsfrau Neveling wies darauf hin, dass einige Menschen, deren Asylanträge abgelehnt worden seien, hier als Arbeitnehmer integriert seien und über „Arbeitsduldungen“ verfügten. Deren Abschiebung verbiete sich daher. Darüber hinaus lägen Abschiebungen nicht in der Zuständigkeit der Stadt Hannover sondern des Bundesamtes für Migration und Flucht.

Ratsmitglied Klippert machte darauf aufmerksam, dass ein abgelehnter Asylantrag nicht automatisch bedeute, dass es keine Verfolgung im Herkunftsland gebe. Es gebe genügend Beispiele von zurückgeführten Menschen, die unmittelbar nach Ankunft im Herkunftsland verhaftet wurden seien.

Ratsherr Jacobs sagte, es gebe genügend abschiebepflichtige Personen in Hannover, die bisher einfach nicht abgeschoben würden. Dies müsse nun endlich erfolgen um Platz für echte Kriegsflüchtlinge aus Europa zu schaffen.

0 Stimmen dafür, 11 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 8.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Körperliche Unversehrtheit aller Menschen schützen, städtischen anonymen Behandlungsschein einführen
(Drucks. Nr. 0682/2022)**

Ratsfrau Sankowske verwies auf das ausgelaufene Modellprojekt der Niedersächsischen Landesregierung. Obwohl inzwischen jede*r krankenversichert sein könne gebe es noch immer Menschen, die über keinen Krankenversicherungsschutz verfügten. Zurzeit gebe es einige Initiativen, die solche Menschen unentgeltlich behandelten, die nicht immer ausreichend den Bedarf decken könnten. Daher der Prüfauftrag ihrer Fraktion.

Ratsherr Rinker sagte, seine Fraktion halte den Antrag nicht mehr für notwendig, da die Regionsversammlung einen Gesundheitsfonds beschlossen habe, der weitgehend das abdecke, was inhaltlich von der Antragstellerin gefordert werde. Der Beschluss der Regionsversammlung gehe sogar noch darüber hinaus, da dort eine Clearingstelle eingerichtet worden sei, die zunächst prüfe, ob ggf. ein Anspruch auf Kostenübernahme seitens der Krankenversicherung bestehe. Wenn dann keine Kostenübernahme durch die Krankenversicherung bestehe, dann trete der Gesundheitsfonds für notwendige Behandlungen, Vorsorgeuntersuchungen oder Impfungen ein.

Stadträtin Bruns erklärte, die Clearingstelle habe sich bereits beim Runden Tisch „Wohnungslosigkeit“ vorgestellt. Insgesamt scheine die Arbeit gut angelaufen zu sein.

Ratsfrau Dr. Vögtle bat die Verwaltung zu eruieren, inwieweit die Clearingstelle im Sozialausschuss vorgestellt werden könnte.

0 Stimmen dafür, 11 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 9.

**Antrag der AfD-Fraktion zu Ortsterminen in städtischen Flüchtlingsunterkünften
(Drucks. Nr. 0849/2022)**

Ratsherr Jacobs las den Antrag seiner Fraktion vor.

Ratsfrau Neveling wies darauf hin, dass es bisher keine Schwierigkeiten bereitet habe, Termine in städtischen Flüchtlingsunterkünften zu vereinbaren, um sich vor Ort ein Bild zu machen.

0 Stimmen dafür, 11 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 10.

**Antrag der CDU-Fraktion zu Maßnahmen der LHH beim Thema „Teilhabe trotz Armut“ für allein- und getrennterziehende Personen sowie Familien mit drei oder mehr Kindern
(Drucks. Nr. 0911/2022)**

Weitere Ausführungen s. Tagesordnungspunkt 1

Auf Wunsch der Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen

TOP 11.

Antrag der CDU-Fraktion zu einer gemeinsamen Anhörung: "Stadtspezifische Daten und Handlungsfelder auf dem Arbeitsmarkt der Landeshauptstadt Hannover" (Drucks. Nr. 0912/2022)

Ratsfrau Dr. Vögtle machte darauf aufmerksam, dass der Antrag im für die Anhörung federführenden Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten einstimmig beschlossen wurde. Als Termin werde der 09.09.2022 geplant; mögliche weitere Anzuhörende könnten für den Sozialausschuss bis zum 31.05.2022 an die Betreuerin des Sozialausschusses, Frau Hanebeck, genannt werden.

Einstimmig

TOP 12.

Beschluss über die Verlängerung des Sanierungszeitraumes sowie die Erhöhung des Gesamtkostenrahmens für das Sanierungsgebiet Sozialer Zusammenhalt Mühlenberg (Drucks. Nr. 0335/2022)

Ohne Aussprache.

Einstimmig

TOP 13.

Mietkostenerhöhungen in der Einrichtung des Betreuten Wohnens Luise-Blume-Stiftung, Luise-Blume-Str. 1, 30659 Hannover (Drucks. Nr. 1080/2022)

Weitere Ausführungen s. Tagesordnungspunkt 1.

Auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen

TOP 24.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion zu Maßnahmen gegen unkontrollierten Crack-Konsum einleiten (Drucks. Nr. 1388/2022)

Weitere Ausführungen s. Tagesordnungspunkt 1.

Auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen

TOP 14.

Bericht der Dezernentin

Stadträtin- Bruns bat darum, Herrn Woike, Herrn Lüders sowie Frau Reus das Wort zu erteilen, damit diese an ihrer Stelle berichten könnten.

14.1

Herr Woike sagte, gerne greife die Verwaltung den Vorschlag auf, Informationen zum Thema des Dringlichkeitsantrages, Drucks. Nr. 1388/2022, „Maßnahmen gegen unkontrollierten Crack-Konsum einleiten“, beizusteuern.

Auch die Verwaltung habe sich bereits Gedanken zu dem Thema gemacht. Dabei sei klargeworden, wie bereits schon in vergangenen Sozialausschusssitzungen berichtet, dass es keine gemeinsame Nutzung des Konsumraumes für Heroin- und Crackkonsumierende geben solle. Die Erfahrungen aus anderen Städten belegten diese Überlegungen. Crack-Konsumierende hielten sich viel kürzer im Konsumraum auf und agierten viel hektischer. Es werde ein Konzept erarbeitet und ein Kostenplan vorgelegt.

Die Substitution von Crack sei weiterhin bundesweit ein Thema. Neben den bisher genannten Städten Hannover, Frankfurt/Main und Hamburg seien mittlerweile auch Bremen, Berlin sowie weitere Städte von der Thematik betroffen. Zur Substitution selbst seien noch nicht alle Fragen geklärt. Neben der Frage der medizinischen Wirksamkeit und den rechtlichen Voraussetzungen, das Betäubungsmittelgesetz sei derzeit in Bezug auf Konsumräume, eher restriktiv; hier gelte es die Möglichkeiten auszuloten.

Selbstverständlich gehe auch die Verwaltung davon aus, dass eine Abstimmung mit anderen Kommunen sinnvoll sei.

Zu Fragen von **Ratsmitglied Klippert** bestätigte **Herr Woike**, dass nach kurzfristig umsetzbaren sowie mittel- und langfristigen Maßnahmen unterschieden werden müsse. Wenn der Hauptbahnhof um zwei zusätzliche Gleise erweitert werde, wirke sich dies auf die Einrichtung Stellwerk aus, die sich dann auch verändern müsse. Kurzfristig solle versucht werden, mit möglichst geringem Kostenaufwand eine Lösung zu finden, die sich, da sich die Szene derzeit in Bahnhofsnähe aufhalte, in dem Bereich befinden werde.

14.2

Herr Lüders berichtete, zu Beginn der Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine habe es eine Vielzahl von Anfragen und Hilfsangeboten an die Stadt Hannover gegeben. Um diese strukturiert bearbeiten zu können, sei dann Anfang März 2022 die Koordinierungsstelle Ukraine aufgebaut worden, die am 14. März 2022 ihre Arbeit aufnehmen konnte. Organisatorisch sei die Koordinierungsstelle dem Dezernat für Soziales und Integration zugeordnet worden. Neben Mitarbeitenden aus der Stadtverwaltung seien dort auch studentische Hilfskräfte beschäftigt. Die Koordinierungsstelle sei in diverse andere Stabsstellen mit eingebunden, mit denen ein regelmäßiger Austausch gepflegt werde.

Im Folgenden stellte **Herr Lüders** in einer Präsentation die Arbeit der Koordinationsstelle vor.

(Hinweise:

1. Die Präsentation kann der Anlage zu diesem Protokoll entnommen werden

2. Link zur Berichterstattung des NDR zum „Schulranzenfest“:

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hallo_niedersachsen/Schulranzen-Fest-fuer-Kinder-aus-der-Ukraine-in-Hannover,hallonds72622.html)

Zu Nachfragen von **Ratsherr Rinker** und **Ratsmitglied Klippert** erläuterte **Herr Lüders**, zum Hannover Solidaritätsscheck lägen derzeit 65 Anträge vor, von denen bereits 2 entscheidungsreif seien. Der Beginn sei etwas schleppend gewesen, möglicherweise wegen ausstehender Anerkennung der Kosten der Unterkunft und dem Erfordernis der Einhaltung der Mietobergrenzen, aber es bestehe Zuversicht, dass bis zum Ende der freiwilligen Prämie am 15.10.2022 weitere Anträge gestellt würden.

Neben Mitarbeitenden aus der Stadtverwaltung, die sich freiwillig gemeldet hätten – Gespräche mit den Sachgebiets- und Bereichsleitungen hätten sichergestellt, dass die Arbeit in den entsendenden Stellen nicht gefährdet sei – würden insgesamt 8 studentische Hilfskräfte beschäftigt. Neben ihm selbst sei noch Frau Koril ebenfalls Referentin für Soziales und Integration, so dass Frau Stadträtin Bruns derzeit auf 2 Referent*innen verzichten müsse.

Stadträtin Bruns führte aus, dass für die Koordinationsstelle Ukraine derzeit kein Ende geplant sei. Der gelungene Aufbau von Netzwerken könnte aus ihrer Sicht eine Fortführung, auch nach Ende der Ukraine Krise, sinnvoll erscheinen lassen.

Auf die Frage von **Frau Schwertmann**, ob Flüchtlinge mit Behinderungen gesondert erfasst würden und inwiefern die angesprochene App sowie die Online-Plattform barrierefrei sei, erklärte **Herr Lüders**, Angebote für behinderte Geflüchtete seien im Aufbau in Abstimmung auch mit dem Land Niedersachsen und unter Berücksichtigung des Bundesteilhabegesetzes. Bisher habe sich noch kein entsprechender Bedarf abgezeichnet. Einige ältere geflüchtete Menschen hätten besondere Anforderungen an ihre Unterbringung gehabt, die berücksichtigt worden seien.

Ratsherr Bingemer bat um Nachsicht, dass er seine Kamera nicht zuschalten könne, diese habe gerade einen Ausfall, aber er hoffe, dennoch seine Fragen stellen zu können. Es interessiere ihn zu erfahren, wie die Integration von Schüler*innen in die Schulen erfolge. Nach welchen Kriterien würden sie auf die einzelnen Schulformen verteilt?

Stadträtin Bruns machte darauf aufmerksam, dass die Fragen in die Zuständigkeit von Stadträtin Rzyski fielen. Nach dem, was ihr selbst bekannt sei, erfolge die Verteilung wie bei anderen Schüler*innen auch über eine Meldung ans Bildungsbüro. Größere Probleme gebe es offenbar lediglich bei Kita-Kindern, da die Plätze begrenzt seien.

Ratsfrau Dr. Vögtle schlug vor, die Fragen erneut im Schul- und Bildungsausschuss, in dem sowohl sie als auch Ratsherr Bingemer Mitglied seien, bzw. für Kita-Kinder im Jugendhilfeausschuss zu stellen.

14.3

Frau Reus sagte, sie wolle über einige aktuellere Entwicklungen zum Bürgerschaftlichen Engagement berichten. Die Anwesenden im Ratssaal konnten auf ihren Tischen den Flyer zur 9. Hannoverschen Freiwilligenbörse vorfinden; dieser wird noch an den gesamten Ausschuss elektronisch versandt. Die Mitglieder des Sozialausschusses seien herzlich eingeladen, an der am Samstag, 18.06.2022 stattfindenden Veranstaltung, die im gesamten Kulturzentrum Pavillon durchgeführt werde, teilzunehmen. Die Freiwilligenbörse, bei der gemeinnützige Organisationen und Initiativen für ein freiwilliges Engagement in den eigenen Projekten werben, stellt die größte Veranstaltung der LHH zur Engagementförderung dar. Zur letzten Freiwilligenbörse im Jahr 2019 kamen erfreulicherweise mehr als 5.000 interessierte Besucher*innen. In diesem Jahr nähmen mit einer Anzahl von 90 so viele Organisationen und Initiativen wie nie zuvor teil. Insgesamt werde nach 4 Themenareas aufgeteilt. Den größten Bereich nehme dabei der soziale Bereich, gefolgt von Kultur und Bildung, Umwelt und Entwicklung sowie schließlich Sport. Rund um die Veranstaltung fänden verschiedene Aktionen wie Workshopangebote, u.a. zum Engagement für Geflüchtete, statt.

Bei der Ehrenamtskarte für das Stadtgebiet Hannover könne über einige positive Entwicklungen berichtet werden. So seien namhafte größere hannoversche Unternehmen angesprochen worden, ob sie sich nicht den Vergünstigungen für Nutzer*innen der Ehrenamtskarte anschließen wollten. Es sei gelungen, Bahlsen, die Hannoversche Kaffeemanufaktur, dm Drogeriemärkte (für die gesamte Region Hannover), die Kestner-Gesellschaft, die NDR Radiophilharmonie sowie den Zoo Hannover neu hinzu zu gewinnen. Auf der von der Stadt Hannover betriebenen Webseite www.freiwillig-in-hannover.de/ehrenamtskarte sei nun unter dem Link „Übersicht der Vergünstigungen im Stadtgebiet Hannover“ eine neue Onlinekarte eingebunden, auf der einfach nachgeschaut werden könne, wo Vergünstigungen für Engagierte angeboten werden. Unternehmen könnten ebenfalls auf der Webseite unter dem Link www.freiwillig-in-hannover.de/verguenstigung-anbieten ein einfaches Onlineformular finden, um ihre Vergünstigungen einzutragen.

Sie wolle auch hier im Sozialausschuss dafür werben, die Idee der Vergünstigungen durch Unternehmen für Engagierte weiterzutragen und möglichst Viele dafür zu begeistern.

Ratsfrau Dr. Vögtle schloss die Sitzung.

Sylvia Bruns
Stadträtin

Hanebeck
für die Niederschrift



2022-05-16 Präsentation Koordinierungsstelle Ukraine.pdf

Koordinierungsstelle für Geflüchtete aus der Ukraine

Aufbau und Organisation Koordinierungsstelle

- Leitung der Koordinierungsstelle
 - Netzwerkarbeit / Kooperationen
 - Pressearbeit
- Team 1
 - Infohotline
 - Beschwerdemanagement
 - 8 Mitarbeiter*innen
- Team 2
 - Hannover Solidaritätsscheck (HSS)
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - 5 Mitarbeiter*innen
- Team 3
 - Gesellschaftliche Teilhabe
 - Integreat-App und Adiuto
 - 6 Mitarbeiter*innen
- Team 4
 - Vernetzung der Vereine, Träger und Organisationen
 - Stadtbezirksmanagement und Politik



Zusammenarbeit / Kooperationen



Zusammenarbeit / Kooperationen

■ Moia / VW Nutzfahrzeuge

- › kostenfreie Transferfahrten innerhalb Hannovers für Geflüchtete aus der Ukraine
 - erreichbar über eingerichtete Service-Hotline
 - Einsatzzeiten Mo. – Do. 07:00 – 23:00 Uhr, So. 10:00 – 22:00 Uhr

■ Ukrainischer Verein

- › Spendenaufrufe
- › Übersetzungen
- › Klärung sämtlicher Fragenstellungen

■ Hannover4Ukraine

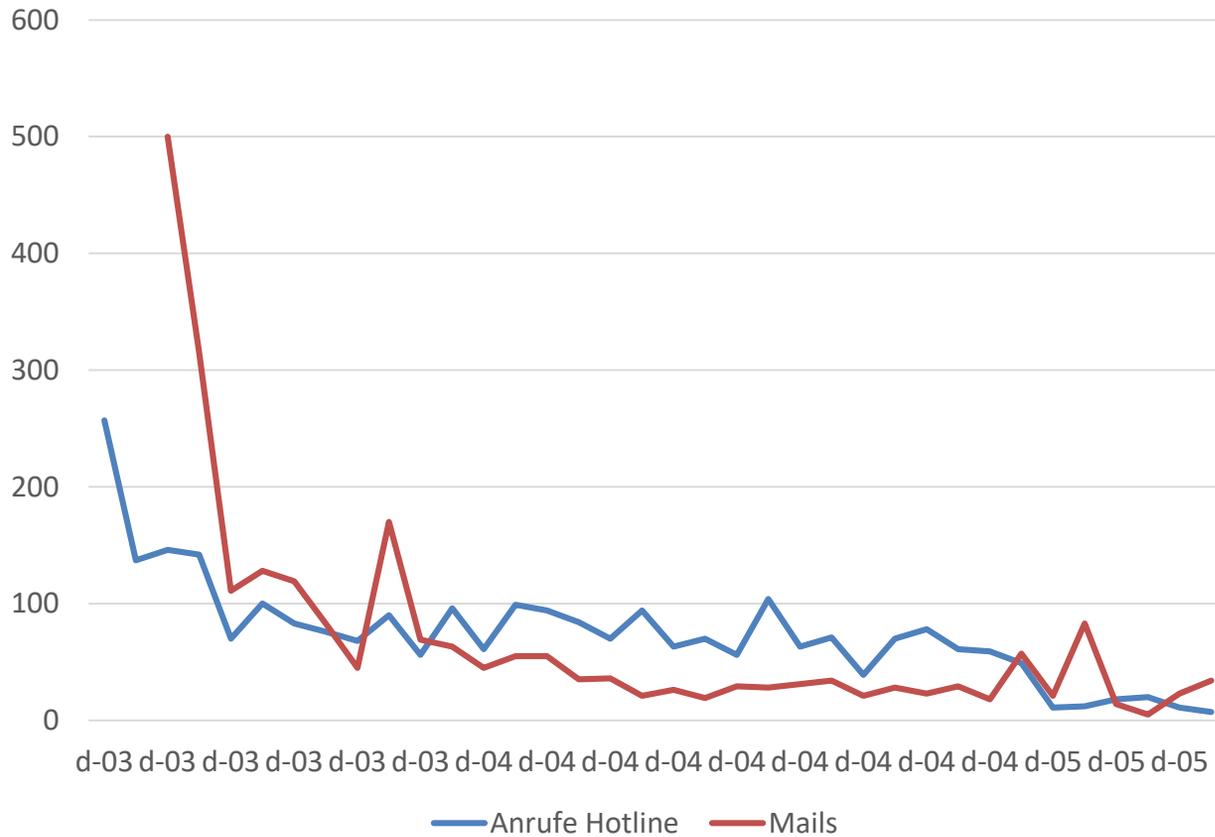
- › Rucksackaktion für geflüchtete Kinder
- › Spielflächen in den Messehallen / weitere in Planung

Info- und Beschwerdeline

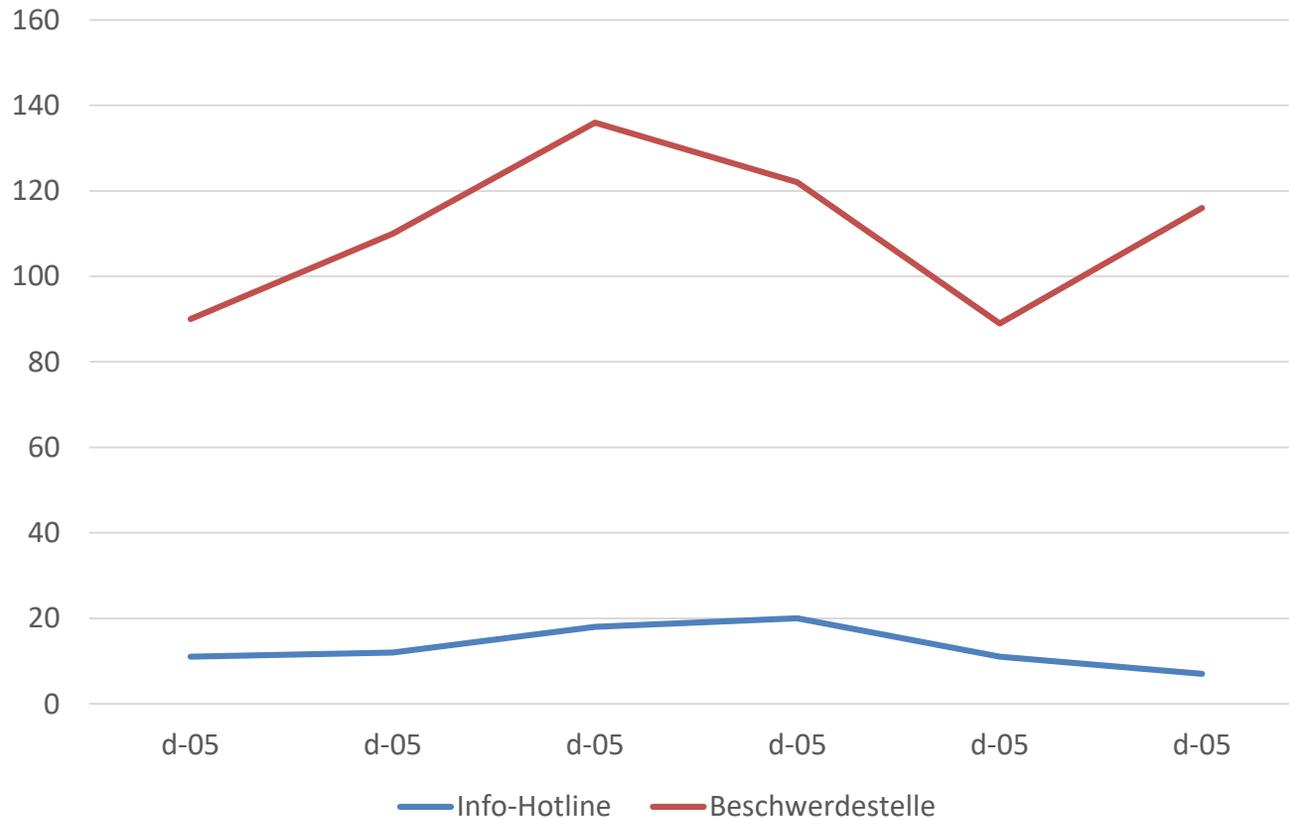
- Beratungen zu den Themen
 - Ankunft in Hannover
 - Registrierung und Wohnsitzauflage
 - Finanzielle Unterstützung
 - Unterbringung
 - Krankenversorgung
 - Eingewöhnung
 - Fragen zum Thema Schule und Bildung
 - Arbeitsrecht
 - Hannover Solidaritätscheck
 - Helfer*innen und Ehrenamtliche
 - Ehrenamtliche Tätigkeit
 - Spenden
 - Wohnungsangebote

- Beschwerdeline (seit dem 02.05.2022)
 - Aufnahme von Krankenscheinbestellungen
 - Fragen zum Bearbeitungsstand der Anträge nach dem AsylbLG
 - Fragen zu Kostenübernahmen von Wohnungen

Entwicklung des Telefon- und Mailaufkommens



Entwicklung des Telefonaufkommens



Hannover Solidaritätsscheck - HSS

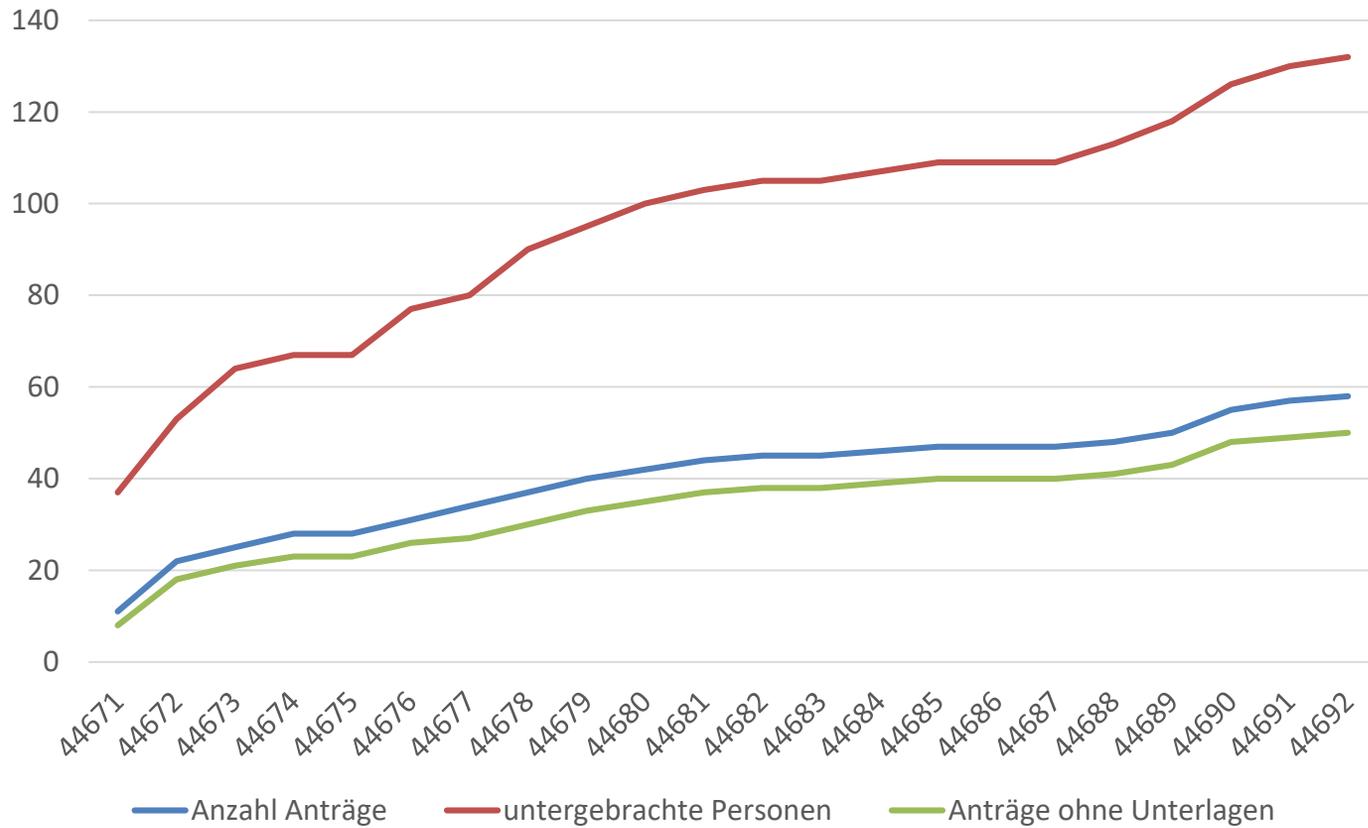
- Freiwillige Prämie der LHH an private Vermieter*innen zur Aktivierung von Wohnraum
- Voraussetzungen
 - Wohnsitzauflage der Mieter*innen für das Stadtgebiet Hannover
 - Mietvertrag mit einer Miete innerhalb der geltenden Mietobergrenzen
 - Wohnung weist einfache Ausstattungsstandards auf
 - Wohnfläche: min. 10 m² pro erwachsene Person, min. 6 m² pro Kind

- Gestaffelte Auszahlungshöhe

Mietdauer	1 Person	2 Personen	Ab 3 Personen
Mindestens 9 Monate	1.500 €	2.500 €	3.500 €
Mindestens 18 Monate	3.000 €	5.000 €	7.000 €

- derzeit: Erarbeitung eines Systems zur Unterstützung digitalen Antragsbearbeitung
- Hindernisse der Antragsbearbeitung
 - Fehlende Antragsunterlagen
 - Mietobergrenzen werden vielfach überschritten

Übersicht eingegangener Anträge



Informationsbereitstellung - FAQ

- Bereitstellung FAQ auf hannover.de
- Bereitstellung aktueller Informationen für die Hotline der Koordinierungsstelle
- Thematische Ergänzungen zu grundsätzlichen Fragen (z.B. Fahrerlaubnis, Kinderbetreuung)
- „Herzlich Willkommen“ Flyer
- Bereitstellung von Informationen der Integreat-App

Wo erhalte ich eine finanzielle Unterstützung für das tägliche Leben?
 Eine finanzielle Unterstützung ist für geflüchtete Personen möglich. Jedes Einkommen wird dabei als Schutzzuschlag gewertet und hier damit Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an. Diese Leistungen können Sie beim Fachbereich Soziales (Hamburger Allee 25, 30461 Hannover) beantragen.

Der Fachbereich Soziales
 ist unter der E-Mail-Adresse soz1@hannover-stadt.de oder der Telefonnummer 0511 368 3222 und 0511 368 3232 zu erreichen.

Kann ich öffentliche Verkehrsmittel kostenlos nutzen?
 Ja, eine kostenlose Nutzung ist möglich. Hier reicht es grundsätzlich, einen ukrainischen Pass oder ein vergleichbares Dokument vorzulegen. Sollten Sie keine Ausweispapiere mit sich führen, ist eine Beförderung auf Kulanz dennoch möglich.

Ab wann und wo kann ich mein Kind zur Schule anmelden?
 Kinder ab sechs Jahren, die eine längere Zeit in Hannover bleiben werden, können eine Schule besuchen.

Auskünfte hierzu erteilt der Fachbereich Schule
 Montag bis Donnerstag von 8 bis 16.30 Uhr sowie Freitag von 8 bis 14 unter der Telefonnummer 0511 368 31061 oder per E-Mail: beratung-bildungsbw@hannover-stadt.de

Kann ich in Deutschland arbeiten?
 Mit dem vorübergehenden Schutzstatus für Vertriebene aus der Ukraine (z. B. Asylbewerberstatus) geht eine Arbeitserlaubnis einher. Bereits mit Beantragung eines Aufenthaltstitels sind eine Beschäftigung möglich. Diese Erwerbstätigkeit kann selbstständig, freiberuflich oder im Rahmen einer ansehbaren Tätigkeit erfolgen. Je nach Beruf ist jedoch mindestens eine vorherige Anerkennung der Qualifikation erforderlich.

Gültige Corona Regelungen
 Sie finden Informationen zu den gültigen Corona-Regelungen in Niedersachsen unter <https://www.niedersachsen.de/Coronavirus>.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite:
www.hannover.de/zukunftste/7aa
 Gerne können Sie auch den QR Code scannen, um direkt zu der Internetseite zu gelangen.

Landeshauptstadt Hannover

www.hannover.de

HANNOVER

**HERZLICH WILLKOMMEN
 IN HANNOVER**

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER

Gesellschaftliche Teilhabe

- Datenerhebung von Geflüchteten aus der Ukraine
- Anleitung Fachstelle Migrationsberatung in den Notunterkünften
- Beratung und Bedarfsfeststellung in den Notunterkünften
- Vermittlung und Schaffung von Angeboten in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern und Ehrenamtlichen
- Einführung einer Online-Plattform für lokales Ehrenamtsmanagement Adiuto
 - <https://www.adiuto.org/tasks/hannover>
 - Ziel: Niederschwelliges Matching-Tool für Bedarfe und Angebote

The screenshot displays the Adiuto platform interface for Hannover. At the top, there are navigation tabs: 'AUFGABEN' (selected), 'INITIATIVEN', and 'HILFE'. On the right, there are links for 'MISSION' and 'ANMELDEN'. The main heading is 'Aufgaben'. Below it is a search bar with a 'SUCHE' button and a filter for 'HANNOVER'. A secondary bar allows users to 'SUCHE IN MEINE ANGEBOTE' or 'SPEICHERN'. The task list shows three items:

- 50x Wichtig**: Bedarf: Tourniquet. Status: noch 5 Tage und 8 Stunden. Location: Hannover (8.4 km). Category: Ukrainische Gri...
- 20x Wichtig**: Bedarf: Blutdruckmessgerät. Status: noch 5 Tage und 8 Stunden. Location: Hannover (8.4 km). Category: Ukrainische Gri...
- 50x Wichtig**: Bedarf: Medizinische Handschuhe(S/M/L). Status: noch 5 Tage und 8 Stunden. Location: Hannover (8.4 km). Category: Ukrainische Gri...

On the right side, there is a 'MISSION' section with a prompt to add tasks. Below that is a location-sharing prompt: 'SHARE YOUR LOCATION SO WE CAN FIND NEARBY TASKS'. A 'Kategorien' section lists various categories with counts: DINGE 56, GESUNDHEIT 13, NAHRUNG 10, HILFSMITTEL 7, HYGIENE 6, FREIZEIT 4, ELEKTRONIK 3, KLEIDUNG 2, TIER 2, (KEINE) 11, TATEN 6, ASSISTANCE 5, and TRANSPORT 1. At the bottom, there is a 'Stadt' filter.

Einführung der Integreat-App in Hannover

- deutschlandweit einzigartige kommunale Informations-App mit Schwerpunkt auf die kommunale Integrationsarbeit
- Ziel der Einführung
 - Unterstützung der kommunalen Integrationsarbeit
 - Zentrale Informationsplattform für Integrationsarbeit, die lokale Informationen, Ansprechpartner*innen, News und Events beinhaltet; aktueller Fokus: Ukraine-Krise
 - Mögliche Einbindung einer Wohnvermittlungs- und Veranstaltungsplattform
- Zielgruppe
 - Alle Neuzugewanderte und Geflüchtete
 - Beratungsstellen, die mit der oben genannten Zielgruppe arbeiten
 - Weitere Multiplikator*innen der Integrationsarbeit
- Vorteile der App
 - Kostenlos, mehrsprachig, lokal
 - Inhalte offline nutzbar



Rucksack-Spendenaktion

- Sammlung von Rucksäcken für geflüchtete Kinder aus der Ukraine, um für sie einen erfolgreichen Schulstart zu ermöglichen
- Übergabe der Schultaschen im Rahmen eines Familienfestes auf dem Trammplatz
 - Ca. 1.000 Teilnehmer*innen
 - 420 prall gefüllte Rucksäcke verteilt
 - buntes Unterhaltungsprogramm mit Kindertheater, Tanz, Musik, Clown- und Zirkus-Artisten
- Federführende Planung und Durchführung in Zusammenarbeit mit Hannover4Ukraine sowie dem Eventmanagement der LHH mit Unterstützung durch 96plus und Clarios
- NDR-Bericht



Ausblick

- Aufbau Arbeitskreis / Runder Tisch Ukraine
- Ausbau der Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen in den Stadtteilen
- Schaffung von Workspaces für Geflüchtete aus der Ukraine
- Aufbau und Vermittlung von Sprach- und Integrationskursen
- Aufbau einer Wohnraumvermittlung
- Spendensammlung für Poznan
- Planung einer Online-Befragung von Geflüchteten
- Unterstützung bei der Arbeitsaufnahme von Geflüchteten
- Bereitstellung von Technik für Informationen in den Notunterkünften

Koordinierungsstelle für Geflüchtete aus der Ukraine**Weidendamm 50****Tel.: 0511 168 33333****E-Mail: fluechtlinge@hannover-stadt.de****Herr Peter Lüders****Tel.: 0511 168 30611****E-Mail: peter.lueders@hannover-stadt.de****Hannover-Solidaritätsscheck:****Tel.: 0511 168 33055****E-Mail: solidaritaetscheck@hannover-stadt.de****Frau Katharina Koril****Tel.: 0151 40652111****E-Mail: katharina.koril@hannover-stadt.de**

In den/die

- Gleichstellungsausschuss
- Sozialausschuss
- Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- Schul- und Bildungsausschuss
- Organisations- und Personalausschuss
- Verwaltungsausschuss
- Ratsversammlung

DIE LINKE.

Fraktion

im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

☎ 0511 - 168 326 00

☎ 0511 - 168 326 08

linksfraktion@hannover-rat.de
www.linksfraktion-hannover.de

Antrag gemäß §10 der Geschäftsordnung des Rats der Landeshauptstadt Hannover

Geschlechtergerechtigkeit konkret umsetzen: Kostenlose Hygieneartikel für Frauen auf städtischen Toiletten zur Verfügung stellen

Antrag

Es wird beschlossen, die Verwaltung damit zu beauftragen zu prüfen, wie auf allen Toiletten in städtischen Gebäuden und auf allen Schultoiletten auf dem Gebiet der Stadt Hannover, die von Frauen benutzt werden, Hygieneartikel wie Tampons und Binden zur kostenlosen Benutzung zur Verfügung gestellt werden können und was das die Stadt Hannover kosten würde.

Begründung

Hygieneartikel wie Tampons und Binden werden nur von Frauen benötigt. Insofern werden Frauen durch für diese Produkte anfallenden Kosten strukturell benachteiligt. Diese Benachteiligung kann in der Kommune leider nur abgemildert, nicht aber überwunden werden. Durch die Absenkung der Mehrwertsteuer von 19 auf sieben Prozent für die genannte Produktgruppe wurde auf Bundesebene bereits ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung auf diesem Gebiet unternommen. Das reicht aber nicht aus. Perspektivisch sollte der Zugang zu Tampons, Binden usw. für alle Menschen die diese Produkte benötigen kostenlos sein und über eine Steuerfinanzierung auf die ganze Gesellschaft, die ja auch als Ganzes von der Reproduktionsfähigkeit von Frauen profitiert, umgelegt werden. Vor Ort in der Landeshauptstadt Hannover können wir einen wichtigen Schritt in Richtung Gleichberechtigung in dieser Hinsicht machen, ähnlich wie es auch hinsichtlich der Einführung der geschlechtergerechten Sprache bereits in der letzten Wahlperiode gelungen ist. Gerade vor diesem Hintergrund ist es extrem wichtig, dass wir deutlich machen, dass Geschlechterungerechtigkeit nicht nur ein sprachliches Problem alleine, sondern in erster Linie ein materielles Problem ist.

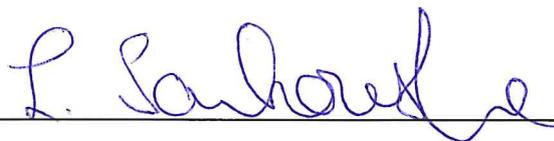
Frauen, die häufig in schlechter bezahlten Jobs als Männer arbeiten und auch für die gleiche Arbeit oft schlechter als ihre männlichen Kollegen bezahlt werden, werden durch den notgedrungenen Erwerb der erwähnten Hygieneprodukte zusätzlich belastet.

Es wäre deshalb nur richtig, allen Mitarbeiterinnen der Stadt, allen Schülerinnen und allen Bürgerinnen, die die Toiletten der Stadt Hannover benutzen, kostenlose Binden und Tampons zur Verfügung zu stellen. Auch in der Hoffnung, dass privatwirtschaftliche Institutionen (z.B. in der Gastronomie) diesem guten Beispiel folgen.

Dass ein solches Projekt keine radikale Phantasie ist, sondern ein realistischer, umsetzbarer Schritt, realer, feministischer Politik sein kann, zeigt die Tatsache, dass in Schottland Tampons und Binden bereits seit etwa einem Jahr kostenlos in allen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen (die NP berichtete am 26.11.2020).

Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit dürfen keine hohlen Phrasen sein, mit denen sich der Rat der Stadt Hannover nur symbolisch befasst. Eine fortschrittliche Politik der Geschlechtergerechtigkeit, wie sie von sozialdemokratischen, grünen und linken Parteien seit vielen Jahrzehnten vorangetrieben wird, muss immer darauf abzielen, die Lebensverhältnisse von Frauen konkret zu verbessern. Dieser Antrag könnte dazu einen wichtigen Beitrag leisten und Hannovers Führungsrolle als fortschrittliche Großstadt in Deutschland untermauern.

Hannover, 23.12.2021



Lea Sankowske (stellvertretende Fraktionsvorsitzende)

Hannover, den 17.02.2022

In den Sozialausschuss
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt- Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Gleichstellungsausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen Rechnungsprüfung Feuerwehr und öffentliche Ordnung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Änderungsantrag gemäß §12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur DS Nr. 0002/2022 der Fraktion DIE LINKE: Geschlechtergerechtigkeit konkret umsetzen: Kostenlose Hygieneartikel für Frauen auf städtischen Toiletten zur Verfügung stellen

Kostenfreie Periodenartikel für menstruierende Menschen: Periodenarmut bekämpfen

~~Es wird beschlossen, die Verwaltung damit zu beauftragen zu prüfen, wie auf allen Toiletten in städtischen Gebäuden und auf allen Schultoiletten auf dem Gebiet der Stadt Hannover, die von Frauen benutzt werden, Hygieneartikel wie Tampons und Binden zur kostenlosen Benutzung zur Verfügung gestellt werden können und was das die Stadt Hannover kosten würde.~~

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Referat für Frauen und Gleichstellung ein stadtweites Konzept zum Themenkomplex "(Kostenfreie) Periodenartikel – gegen Periodenarmut" zu entwickeln. Dabei sollen unter anderem folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Auf allen Toiletten – bzw. in deren Reichweite – in städtischen Gebäuden kostenfrei Menstruationsprodukte und eine darauf hinweisende offensichtliche Beschilderung anzubieten
2. Entwicklung von Maßnahmen gegen Periodenarmut in der Landeshauptstadt
3. Aktive, zielgruppengerechte und zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über das Thema mit den Zielen Aufklärung und Enttabuisierung
4. In das Konzept soll die mit der Drucksache Nr. 2770/2021 N2 beschlossene Pilotphase an Schulen mit einbezogen und weiterentwickelt werden
5. Für das Konzept sollen als Partner*innen Expert*innen sowie Sponsor*innen zur Umsetzung gewonnen werden
6. Die Stadt bezieht in ihr Konzept auch städtische Unternehmen und Träger*innen mit ein
7. Die entsprechenden Gremien sind vor den Haushaltsberatungen 2023/2024 über den Sachstand des Konzepts zu unterrichten. Dabei ist eine Kostentabelle zu erstellen, um transparent zu machen, welche Mittel für die Umsetzung benötigt werden würden. Sollte das zeitlich nicht realisierbar sein, ist den Gremien alternativ ein Sachstandsbericht vorzulegen mit entsprechenden Optionen zur Weiterführung.

Begründung:

Da in der Vergangenheit schon ähnliche Prüfanträge keine Mehrheit im Rat der Landeshauptstadt gefunden haben, haben mindestens drei weitere Parteien die Forderung von kostenlosen Menstruationsartikeln in ihr Kommunalwahlprogramm aufgenommen. Ein guter Zeitpunkt also, um einen vollumfänglichen Ansatz wählen, der Sicherheit für die kommenden Haushaltsberatungen liefert. Dabei ist es wichtig, alle menstruierenden Menschen und nicht nur Frauen bei dem Thema mitzudenken, um sämtliche Stigmatisierungen abzubauen.

Schon andere deutsche Städte haben es geschafft, kostenlose Menstruationsprodukte zur Verfügung zu stellen, mit denen sich die Verwaltung austauschen könnte zwecks Konzepten der Umsetzung (unter anderem Heidelberg oder Frankfurt am Main).

Es ist wichtig, dass die Landeshauptstadt hier, durch die Bereitstellung von kostenfreien Periodenartikeln in öffentlichen Gebäuden, ihrer Vorbildfunktion nachkommt (1) und sich ebenso überlegt, wie lokal gegen das gesellschaftliche Problem der Periodenarmut vorgegangen werden kann, die vor allem obdach- und wohnungslose Menschen sowie finanzschwache Personen und Familien trifft (2).

Das Thema Periode ist leider auch in unsere Gesellschaft immer noch tabuisiert und schambehaftet, weswegen es auch darüber hinaus eine progressive Öffentlichkeitsarbeit braucht unter anderem an Schulen, um auf einen gesellschaftlichen Wandel hinzuarbeiten (3). Die beschlossene Pilotphase in Schulen ist dabei ein Baustein, der in der Weiterentwicklung mitgedacht gehört (4).

Ebenso wichtig ist es, dass die Landeshauptstadt auf vorhandene Expertisen in dem Bereich zurückgreift und für Kooperationen gewinnt, durch mögliches Sponsoring eigene Kosten senkt (5) und ebenso ihre städtischen Unternehmen sowie externe Träger*innen wie zum Beispiel aus dem Bereichen Soziales sowie Kinder- und Jugendarbeit mit einbezieht (6).

Wie das Konzept letztlich umgesetzt werden kann und welche Mittel dafür bereitgestellt sollen, müssen am Ende die Ratsgremien entscheiden (7), dafür ist aber vorab die Erarbeitung eines Konzeptes wichtig.

Juli Klippert
Fraktionsvorsitz

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister
Belit Onay
Trammpplatz 2
30159 Hannover



Hannover, den 28.02.2022

Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der LHH in die nächste Ratsversammlung

Abwassergebühreuzuschuss für Wohngeldbezieher (sozialschwache Haushalte)

Die Ratsversammlung möge beschließen,

die Verwaltung wird aufgefordert,

1. einen einmaligen Zuschuss für die erhöhten Abwassergebühren an alle Wohngeldbezieher im Stadtgebiet auszuzahlen.
2. Der einmalige Gebühreuzuschuss beträgt 35,00 Euro für Alleinlebende und 5,00 Euro für jeden weiteren Mitbewohner.

Begründung:

Die Ratsversammlung genehmigte am 27.01.2022 mit 37 Ja zu 26 Nein Stimmen die von der Stadtentwässerung eingebrachte Gebührenerhöhung für Abwasser, Reinigung und Entsorgung (DS 2553/2021). Um vor allem Geringverdiener während der derzeitigen Inflation nicht noch weiter zu belasten, halten wir eine einmalige Bezuschussung in Höhe von 35,00 Euro für alleinlebende Wohngeldbezieher für angemessen. Für jeden weiteren Mitbewohner werden dem bedürftigen Haushalt weitere 5,00 Euro einmalig ausgezahlt. Die Auszahlung erfolgt mit der nächsten Jahresabrechnung.

Mit freundlichem Gruß

Jens Keller

Ratsherr und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH
Bezirksratsherr im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister
Belit Onay
Trammpplatz 2
30159 Hannover



Hannover, den 02.03.2022

Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der LHH in die nächste Ratsversammlung

Ukrainekrieg: Abschiebung abgelehnter Asylbewerber

Die Ratsversammlung möge beschließen,

die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich alle abgelehnten Asylbewerber abzuschicken, die in der Landeshauptstadt Hannover gemeldet sind, um Platz für europäische Kriegsflüchtlinge zu schaffen.

Begründung:

Durch Putins Krieg in der Ukraine rechnet die EU aktuell mit bis zu 4 Millionen Flüchtlingen, unter ihnen sind vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen. Da die direkten Nachbarländer nicht alle Flüchtlinge aufnehmen können, werden auch in Deutschland mehrere hunderttausend Ukrainer erwartet. Um Platz für echte Kriegsflüchtlinge aus Europa zu schaffen, müssen alle abgelehnten und damit illegalen Migranten schnellstmöglich abgeschoben werden.

Mit freundlichem Gruß

Jens Keller
Ratsherr und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH
Bezirksratsherr im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

In den/die

- Sozialausschuss
- Internationaler Ausschuss
- Verwaltungsausschuss
- Ratsversammlung

Hannover, 02.03.2022

Antrag gemäß §10 der Geschäftsordnung des Rats der Landeshauptstadt Hannover

Körperliche Unversehrtheit aller Menschen schützen, städtischen anonymen Behandlungsschein einführen

Der Rat der Stadt Hannover möge beschließen

Die Verwaltung wird damit beauftragt zu prüfen, welcher Bedarf an medizinischer Behandlung von Menschen ohne Krankenversicherung besteht. Auf dieser Grundlage und in Zusammenarbeit mit Trägern der Obdachlosen- und Geflüchtetenarbeit sollen anonyme Behandlungsscheine ausgegeben werden, die es Menschen ohne Krankenversicherung ermöglichen sollen, sich medizinisch versorgen zu lassen.

Begründung

Am 30.11.2018 ist das Modellprojekt der Niedersächsischen Landesregierung ausgelaufen, über das Menschen ohne Krankenversicherung einen sog. Anonymen Behandlungsschein erhalten konnten, um sich medizinisch versorgen zu lassen. Seitdem dieses Programm, von dem besonders obdachlose und geflüchtete Menschen profitiert haben, ausgelaufen ist, versuchen Mediziner*innen und Initiativen auf ehrenamtlicher Basis ein entsprechendes Notangebot bereitzustellen. Dieses deckt aber den Bedarf nicht. Es gibt Berichte von schwerstkranken Menschen ohne Krankenversicherung, die z.T. wegen Verständigungsproblemen in Notaufnahmen abgewiesen werden. Der sehr löbliche ehrenamtliche Einsatz von Mediziner*innen die Menschen ohne Versicherung unentgeltlich behandeln ist in vielen Fällen räumlich, zeitlich und quantitativ so begrenzt, dass viele ernste medizinische Probleme unerkannt und unbehandelt bleiben. Einen solchen Missstand sollte es in einer Stadt wie Hannover, die sich Weltoffenheit und ein soziales Miteinander auf die Fahnen geschrieben hat nicht geben. Natürlich sind in erster Linie Landes- und Bundesregierung gefragt, um Asylverfahren zu beschleunigen und möglichst alle

hier lebenden Menschen in die gesetzliche Krankenversicherung zu bringen.
Solange dies aber nicht der Fall ist und es offensichtliche gravierende Defizite
bei der medizinischen Versorgung von Menschen in Hannover gibt, die das Recht
jedes Menschen auf körperliche Unversehrtheit verletzen, sollte die Stadt hier
unverzüglich tätig werden!



Dirk Machentanz

Fraktionsvorsitzender

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister
Belit Onay
Trammpfad 2
30159 Hannover



Hannover, den 17.03.2022

Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der LHH in die nächste Ratsversammlung

Ortstermine in städtischen Flüchtlingsunterkünften

Die Ratsversammlung möge beschließen,

die Verwaltung wird aufgefordert, Ortstermine in städtischen Flüchtlingsunterkünften mit Vertretern der Fraktionen und Einzelvertretern zu organisieren. Die Ortstermine sollen speziell in „Problem“-Unterkünften stattfinden.

Begründung:

Die Ortstermine sollen den Ratspolitikern die Möglichkeit geben, die Lage in Flüchtlingsunterkünften zu beurteilen und sich über mögliche Misstände zu informieren. Der Fokus soll vor allem auf problematische Unterkünfte gesetzt werden, in denen es häufiger zu Auseinandersetzungen innerhalb der Unterkünfte oder mit Anwohnern kommt. Die Termine dienen außerdem dazu ins Gespräch mit den Bewohnern und den Sozialarbeitern zu kommen und den Allgemeinzustand der Unterkünfte zu bewerten.

Mit freundlichem Gruß

Jens Keller

Ratsherr und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH
Bezirksratsherr im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt



21. März 2022

In den Sozialausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Verwaltungsausschuss

A n t r a g gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Maßnahmen der LHH beim Thema „Teilhabe trotz Armut“ für allein- und getrennterziehende Personen sowie Familien mit drei oder mehr Kindern

Antrag zu beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in den vorgenannten Fachausschüssen bis spätestens zur Oktober- oder Novembersitzung 2022 des jeweiligen Fachausschusses zu berichten,

1. wie sich die mit der Informationsdrucksache Nr. 0058/2020 vorgelegten Handlungsempfehlungen bisher auf die soziale und gesellschaftliche Lage von Alleinerziehenden bzw. Getrennterziehenden und ihren Kindern ausgewirkt haben. Darzustellen ist, wann, wo und mit wem und mit welchen Verabredungen wurde der Bericht „Hannover gibt (Rück-)Halt und Perspektive! Allein- und getrennterziehend – vom Kind her denken“ außerhalb der Ratsgremien erörtert. Ausgeführt werden sollte auch, welche der Anregungen für die Praxis auf der kommunalen Ebene mit welchem Ergebnis in den ersten 24 Monaten nach Vorlage des Textes umgesetzt wurden. Zu beschreiben wäre auch, welche der Anregungen aus welchen Gründen von der Stadtverwaltung bisher nicht aufgegriffen werden konnten.

2. wie sich die soziale und gesellschaftliche Lage von Familien mit drei und mehr Kindern in Hannover insgesamt und in den verschiedenen Stadtbezirken darstellt. Ferner wird darüber informiert, welche Angebote es seitens der LHH und Freier Träger für diese Personengruppe gibt und welche Perspektiven für die kommenden fünf Jahre zu entwickeln wären, um die Lage der Familien mit drei und mehr Kindern zu verbessern.

Begründung:

Kürzlich wurde den Fachgremien das Armutsmonitoring der Landeshauptstadt Hannover 2021 vorgelegt. Bei der Vorlage handelt es sich jedoch um eine reine Informationsdrucksache, aus der keinerlei Schlussfolgerungen gezogen werden bzw. Handlungsanweisungen ergehen.

Trotz eines leichten Rückgangs ist diese Personengruppe nach wie vor unter den Bedarfsgemeinschaften sehr stark vertreten. Dies gilt unter den Familien vor allem für solche, die drei oder mehr Kinder haben. In diesem Zusammenhang ist auch der Blick auf die mehr als zwei Jahre alte Informationsvorlage mit ihrer Anlage zu nehmen, um zu erfahren, was seit deren Vorlage an Aktivitäten entwickelt wurden, um deren Vorschläge umzusetzen bzw. im Verlauf dieser Wahlperiode des Rates in Angriff zu nehmen. Um bessere und umfangreichere Beurteilungskriterien zu haben, sind diese Informationen unablässig.



Felix Semper
Vorsitzender



15. März 2022

In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-
und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Sozialausschuss

A n t r a g auf Anhörung gem. § 35 der
Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Gemeinsame Anhörung: "Stadtspezifische Daten und
Handlungsfelder auf dem Arbeitsmarkt der Landeshauptstadt
Hannover"**

Die CDU-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover beantragt auf Basis des vom Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten am 11.03.2022 einhellig bekundeten Interesses an einem Informationsaustausch mit Frau Heike Döpke (Agentur für Arbeit) eine öffentliche Anhörung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten zum Thema

**"Stadtspezifische Daten und Handlungsfelder auf dem
Arbeitsmarkt der Landeshauptstadt Hannover"**

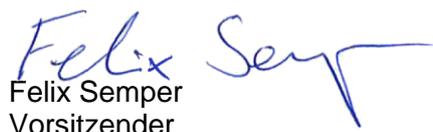
Begründung:

Erhebungen haben gezeigt, dass sich die Daten zur Arbeitslosigkeit in den einzelnen Stadtteilen der Landeshauptstadt Hannover teilweise erheblich unterscheiden. Dies gilt sowohl für die reine Anzahl als auch die Zusammensetzung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Bevölkerungsgruppen.

Neben einer Interpretation dieser Daten soll die Anhörung dazu dienen, die Beteiligung von Arbeitslosen aus Hannover an den eingesetzten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zum Abbau der Arbeitslosigkeit bzw. zur Verbesserung der persönlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt (z. B. Umschulungs-, Weiterbildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen) darzustellen.

Anzuhören sind neben Agentur für Arbeit Hannover, Frau Heike Döpke (Vorsitzendes Mitglied der Geschäftsführung):

- *eine Vertreterin/ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes*
- *eine Vertreterin/ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer Hannover*
- *eine Vertreterin/ein Vertreter der Handwerkskammer Hannover*


Felix Semper
Vorsitzender

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In die Kommission Sanierung Sozialer Zusammenhalt
Mühlenberg
In den Stadtbezirksrat Ricklingen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Sozialausschuss
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen,
Rechnungsprüfung, Feuerwehr und öffentliche
Ordnung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 0335/2022

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Beschluss über die Verlängerung des Sanierungszeitraumes sowie die Erhöhung des Gesamtkostenrahmens für das Sanierungsgebiet Sozialer Zusammenhalt Mühlenberg

Antrag,

zu beschließen, dass

1. zur Erreichung der Sanierungsziele der Sanierungszeitraum für das Sanierungsgebiet Sozialer Zusammenhalt Mühlenberg um fünf Jahre verlängert wird
2. für die beim Land Niedersachsen beantragte Erhöhung des Fördermittelrahmens um 10 Millionen Euro auf insgesamt ca. 22 Millionen Euro die notwendige kommunale Kofinanzierung von zusätzlich 3,33 Millionen Euro sichergestellt wird

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Beachtung von Gender-Aspekten ist inhaltliche Vorgabe des Bund-Länder-Programms "Sozialer Zusammenhalt". Diese Aspekte werden ebenso wie die Belange von alten Menschen, Menschen mit Behinderungen und den Belangen von Müttern und Vätern ein zentraler Bestandteil aller Entscheidungen und Prozesse im Rahmen der Sanierung des Stadtteils sein. Die Belange von behinderten Menschen werden insbesondere bei allen baulichen Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 61 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme I.51106.016 Sozialer Zusammenhalt

Einzahlungen		Auszahlungen	
Zuwendungen für Investitionstätigkeit	14.666.666,67	Baumaßnahmen	22.000.000,00
		Saldo Investitionstätigkeit	-7.333.333,33

Teilergebnishaushalt 61

Angaben pro Jahr

Produkt 151106 Stadterneuerung

Ordentliche Erträge		Ordentliche Aufwendungen	
Auflösung Sonderposten (anteilige Zuwendungen)	862.745,10	Abschreibungen	1.294.117,65
		Zinsen o.ä. (TH 99)	110.000,00
		Saldo ordentliches Ergebnis	-541.372,55

Bei den in der Kostentabelle dargestellten Kosten für Abschreibungen und Zinsen handelt es sich um Durchschnittskosten. Die tatsächlichen Kosten richten sich nach dem Projektfortschritt und den somit tatsächlich abgerechneten Auszahlungsbeträgen.

Begründung des Antrages

Mit der Drucksache Nr. 2079/2015 N1 wurde für das Sanierungsgebiet Soziale Stadt Mühlenberg die Durchführung der städtebaulichen Sanierung unter Einhaltung eines Gesamtkostenrahmens von insgesamt ca. 12 Mio. Euro in einem Zeitraum bis zum 31.12.2025 beschlossen.

Die Umsetzung der im Zuge der städtebaulichen Sanierung (Gesamtmaßnahme) vorgesehenen Einzelmaßnahmen erfordern bei den beteiligten Fachbereichen entsprechende Planungs- und Personalressourcen. Diese können aufgrund der aktuellen Projektdichte nur zeitlich gestaffelt bereitgestellt werden, so dass der vormals kalkulierte Zeitraum für die Gesamtmaßnahme nicht ausreichend ist. Zudem verfolgt die städtebauliche Sanierung einen integrierten Planungsansatz, der gleichermaßen bauliche, soziale und umweltrelevante Themen berücksichtigt. Der Bedarf an planerischen Abstimmungen ist hierbei groß, so dass längere Realisierungszeiträume als bisher angenommen erforderlich sind.

Zentrales Anliegen der Gesamtmaßnahme ist zudem die städtebauliche Sanierung des Wohnkomplexes Canarisweg. Hier konnten erst mit Übergang des Bestands an die hanova Wohnen konkrete Planungen aufgenommen werden. Aufgrund des verzögerten Planungsstarts sowie der Größe und Komplexität des Vorhabens ist eine erfolgreiche Umsetzung der Maßnahme innerhalb des bisher für die Gesamtmaßnahme vorgesehenen Zeitraums nicht zu leisten.

In der Folge ist für die Umsetzung der Gesamtmaßnahme eine Verlängerung des Sanierungszeitraumes um fünf Jahre, also bis zum 31.12.2030, erforderlich. Mit Blick auf den Investitionsbedarf im Bereich des Canariswegs wurde zudem vom Land Niedersachsen eine Erhöhung des Fördermittelrahmens um 10 Millionen Euro auf insgesamt ca. 22 Millionen Euro anerkannt. Da die Städtebauförderung zu gleichen Teilen von Bund, Land und der LHH finanziert wird, macht die Erhöhung des Fördermittelrahmens eine Sicherstellung der kommunalen Kofinanzierung i. H. v. zusätzlichen 3,33 Millionen Euro erforderlich.

61.41
Hannover / 28.01.2022

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide
In den Sozialausschuss
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen,
Rechnungsprüfung, Feuerwehr und öffentliche
Ordnung
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 1080/2022
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

**Mietkostenerhöhungen in der Einrichtung des Betreuten Wohnens Luise-Blume-Stiftung,
Luise-Blume-Str. 1, 30659 Hannover**

Antrag,

der Erhöhung von Mietkosten für die Apartments der Einrichtung des Betreuten Wohnens in der Einrichtung Luise-Blume-Stiftung um bis zu 100 € monatlich und die Mietkosten für die Vermietung von Funktionsräumen an Externe Mieter um 5,43€ für einen 3-Stunden-Mietzeitraum.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Mit der Erhöhung der Mietkosten gibt es keine spezifische Betroffenheit. Die mit der Beschlussempfehlung verfolgte Zielsetzung wirkt sich in gleicher Weise auf Frauen und Männer aus.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 57 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme	Bezeichnung		
Einzahlungen		Auszahlungen	
		Saldo Investitionstätigkeit	0,00

Teilergebnishaushalt 57

Angaben pro Jahr

Produkt 31511 Luise-Blume-Stiftung

Ordentliche Erträge		Ordentliche Aufwendungen	
Privatrechtl. Entgelte	90.400,00		
		Saldo ordentliches Ergebnis	90.400,00

Begründung des Antrages

Die Landeshauptstadt betreibt mit der Luise-Blume-Stiftung im Stadtteil Bothfeld eine etablierte Einrichtung des Betreuten Wohnens.

Das Grundstück auf dem das Gebäude der Luise-Blume-Stiftung steht, wurde 1973 als Erbschaft mit Zweckbindung, zum Betrieb einer „Wohnanlage für alte Menschen“ von Frau Luise Blume an die Landeshauptstadt Hannover vermacht. Das darauf errichtete Wohngebäude ist damals durch die GBH errichtet worden und ist seitdem an die Landeshauptstadt Hannover zur Untervermietung vermietet. Das Gebäude umfasst 73 kleinräumige Apartments (1- oder 2- Zimmer) sowie eine ehemalige Hausmeisterwohnung (3 Zimmer). Die Mieten sind dabei für alle Apartments so gefasst, dass sie die Mietobergrenze der Region Hannover für Leistungsempfänger*innen von SGB XII-Leistungen nicht erreichen werden und die Apartments somit allen Senior*innen offenstehen.

Das Unternehmen hanova Wohnen GmbH hat die bisherige jährliche Miethöhe, die die Landeshauptstadt als Betreiberin der Einrichtung zu zahlen hat u. a. aufgrund von dringend anstehenden Sanierungsmaßnahmen (siehe Beschlusssdrucksache 2467/2021), von 129.277,21 € auf 219.734,54 € für die Jahre 2022 und 2023 erhöht. Darüber hinaus ist eine Mietsteigerung ab 2024 um weitere ca. 18.000 € alle 2 Jahre bis zum Jahr 2031 vorgesehen. Eine weitere Steigerung ab dem Jahr 2031 kann nicht ausgeschlossen werden, ist indes vertraglich aber bisher nicht vereinbart.

Eine Refinanzierung der aktuellen Kostensteigerungen von rund 90.400 € erfordert durchschnittliche monatliche Mietsteigerungen von exakt 101,86 € (90.400 € /12 Monate / 74 Wohneinheiten).

Um die gestiegenen Kosten für die Landeshauptstadt Hannover zu refinanzieren, ist sowohl eine Anhebung der Mieten als auch der Nebenkosten unerlässlich.

Aktuell beträgt die Gesamtmiete in einem 1-Zimmer-Apartment mit 32 qm inkl. Strom und Heizkosten 474 € monatlich. Die Miete schlüsselt sich dabei wie folgt auf:

· Kaltmiete	250 €
· Nebenkosten (inkl. Strom, Heizung, Warmwasser)	164 €
· Service- bzw. Betreuungspauschale	60 €

Die Luise-Blume-Stiftung will auch weiterhin allen Menschen eine Heimat geben. Deshalb ist im Vorfeld der geplanten Erhöhung bereits mit dem Fachbereich Soziales geklärt worden, ob bei der geplanten zukünftigen Miethöhe eine Übernahme der Mietkosten im Rahmen des SGB XII möglich ist.

Die aktuelle Mietobergrenze (Kaltmiete und Heiz-, Warmwasser- und Kaltwasserkosten) für eine Einzelperson beträgt 508 €. Dabei sind die Kosten für Strom und für die restlichen Nebenkosten von den Mieter*innen selbst zu tragen. Nach Erhöhung beträgt die Warmmiete (inkl. Strom und sonstiger Nebenkosten) 514 € und ist damit auch noch deutlich im Rahmen der im SGB XII vorgegebenen Mietobergrenzen. Die Servicepauschale ist kein Bestandteil der Warmmiete und wird bei SGB XII-Leistungsempfänger*innen über das 7. Kapitel SGB XII (Hilfe zur Pflege) abgedeckt.

Mit der geplanten Steigerung der Miethöhe befinden sich die Kosten für eine Mietwohnung im Rahmen des Betreuten Wohnens in der Landeshauptstadt Hannover noch immer deutlich im günstigen unteren Preissegment. Aktuell liegen nach Marktrecherche die Preise bei nahezu allen Anbieter*innen in Hannover für ein 1-Zimmer-Apartment im 4-stelligen Bereich, wie z. B.

· GDA Wohnstifte (inkl. Mittagsverpflegung)	ab 1.600 € (24 m2 Wfl.)
· Kastanienhof	ab 1.190 € (30 m2 Wfl.)
· Lister Lebensart	ab 1.043 € (45 m2 Wfl.)
· Albertinum Seniorenwohnstift	ab 1.490 € (29 m2 Wfl.)

Somit liegt die Erhöhung der Warmmiete von 474 € monatlich (inkl. Betreuungspauschale) auf 574 € (inkl. Betreuungspauschale) unterhalb der marktüblichen Mieten im Betreuten Wohnen und ist vor dem Hintergrund der Zugänglichkeit dieser Leistungen auch für finanzschwache Einwohner*innen im Rahmen der Kostenübernahme durch das SGB XII weiterhin möglich.

Da mit einer Mieterhöhung für die Mieter*innen der Einrichtung von 100,-- € nicht die gesamte Erhöhung der Mieten durch hanova abgedeckt wird, ist geplant, den noch nicht gedeckten Rest über eine Mietkostensteigerung der Funktionsräume für Externe entsprechend anzupassen. Dazu wird die Raummiete für einen 3-Stunden-Zeitraum von 49,57 auf 55 € erhöht. Die Luise-Blume Stiftung verfügt über 2 Räume die entsprechend vermietet werden. Im Vergleichsjahr 2019 wurden die beiden Räume insgesamt 316-mal vermietet (u.a. auch mehrfach am Tag). Daraus ergibt sich bei gleichbleibenden Anzahl an Vermietungen ein Mehrertrag von 1.715,88 €.

Aufgrund der beiden Mietsteigerungen sind die von hanova geforderten Mietsteigerungen gedeckt.

Gemeinsamer Antrag von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD-Fraktion

(Antrag Nr. 1388/2022)

Eingereicht am 13.05.2022 um 13:56 Uhr.

gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Sozialausschuss, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion zu Maßnahmen gegen unkontrollierten Crack-Konsum einleiten

Antrag

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wo es im Umfeld des Nordausgangs des Hauptbahnhofs einen geeigneten Ort gibt, der einen Raum für den geschützten, sicheren und sauberen Konsum der Droge Crack (im Folgenden Crack-Konsumraum genannt) bieten kann. Des Weiteren ist ein Kostenplan für einen ebensolchen Crack-Konsumraum zu erstellen und dem Rat der Landeshauptstadt Hannover rechtzeitig vor dem Beratungszeitraum des Haushalts 2022 vorzulegen. Es wird angeregt, eine gemeinsame Finanzierung des Modellprojektes mit der Region Hannover abzustimmen.

2. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Möglichkeit besteht, dass die Stadt Hannover alleine oder in Kooperation mit den Städten Frankfurt/Main bzw. Hamburg ein Modellprojekt mit dem Bund initiiert. Dieses Projekt hat zum Ziel, ein geeignetes Substitut für die Droge Crack zu finden und seine medizinische Wirksamkeit zu beweisen. Gleichzeitig sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ermöglichung eines Gruppenkonsums zu eruieren. Eine wissenschaftliche Begleitung eines solchen Modellprojekts ist anzustreben.

Begründung

Zu 1. Seit einigen Jahren ist Crack die vorherrschende Droge in der „offenen Szene“ nicht nur in Hannover, sondern in vielen deutschen Großstädten. Gründe dafür sind die hohe Verfügbarkeit auf dem Markt und der relativ einfache Konsum über sogenannte Crack-Pfeifen. Das hohe Suchtpotenzial und die enthemmende, teilweise schizophrenieähnliche Wirkung ist nicht nur eine Gefahr für die Konsumierenden, sondern führt immer wieder zu aggressivem Verhalten und Gewalt unter den Konsumierenden. Ein geschützter Konsum in begleiteter Umgebung, ähnlich dem Diamorphin-Konsumraum im „Stellwerk“ (Augustenstraße), kann die negativen Begleiterscheinungen des Konsums mindern, Konsumierende schützen und für die nötige Distanz zu Unbeteiligten im öffentlichen Raum führen.

Zu 2. Aus den langjährigen Erfahrungen mit der Diamorphin-Substitution liegen positive

Erkenntnisse über diese Form der Bekämpfung von schwerem Drogenmissbrauch bei hohem Abhängigkeitspotenzial vor. Menschen konnten aus der Verelendung gerettet und zum Teil in einen geregelten Tagesablauf integriert werden – bis hin zur Wiederaufnahme einer regelmäßigen Tätigkeit. Diese Ziele sollte ein Pilotprojekt zur Crack-Substitution ebenfalls verfolgen. Da momentan noch kein wirksames und mithin geeignetes Substitut vorliegt, soll Hannover in Abstimmung mit dem Bund und nach Möglichkeit in Kooperation mit anderen Städten mit ähnlichen Problemlagen ein solches Projekt initiieren. Die wissenschaftliche Begleitung sorgt für Sicherheit aller Teilnehmenden, Transparenz im Vorgehen und eine Dokumentation der Ergebnisse.

Dr. Elisabeth Clausen-Muradian/
Dr. Daniel Gardemin
Fraktionsvorsitz

Lars Kelich
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 13.05.2022